



PRISMA

Olaf Kistenmacher

AUSGESPROCHEN UNAUSGESPROCHEN

**Latenter Antisemitismus und Erinnerungsabwehr
innerhalb der *Neuen Rechten***

Expertise #2

PRISMA

Herausgeber*innen

Fabian Kaufmann/Lena Sierts
CJD Hamburg
Glockengießerwall 3
20095 Hamburg

Erscheinungsjahr

2021

Drucknummer des CJD

CJD-21-09-1541-4

Lektorat

Fabian de Hair

Gestaltung/Satz

Tim Schacht, www.betadock.de

Urheberrechtliche Hinweise

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Urheberrecht bleibt beim CJD Hamburg. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung gestattet. Zusätzlich muss die Quelle korrekt angegeben werden.

Haftungsausschluss

Die Hinweise in dieser Publikation wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen wird keine Gewähr übernommen.

Stand der Recherchen und Texte:

August 2021.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA und der Sozialbehörde Hamburg dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Herausgeber*innen sowie die Autor*innen die Verantwortung.



Das CJD ist eines der größten Bildungs- und Sozialunternehmen in Deutschland. Es bietet jährlich über 150.000 jungen und erwachsenen Menschen Orientierung und Zukunftschancen. Sie werden von 10.600 hauptamtlichen und vielen ehrenamtlichen Mitarbeitenden an 388 Standorten gefördert, begleitet und ausgebildet. Grundlage ist das christliche Menschenbild mit der Vision „Keiner darf verloren gehen!“.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch



Hamburg | Sozialbehörde

Inhalt

| | |
|--|----|
| Der Antisemitismus – nicht nur der <i>Neuen Rechten</i> – bleibt eine pädagogische Herausforderung | 4 |
| Ausgesprochen unausgesprochen. Latenter Antisemitismus und Erinnerungsabwehr innerhalb der <i>Neuen Rechten</i> | 7 |
| 1. Vereint auf der Straße: <i>Neue Rechte</i>, AfD und Nazis in Chemnitz, Spätsommer 2018 | 11 |
| 2. Formen des latenten Antisemitismus in der <i>Neuen Rechten</i> | 16 |
| 3. „Großer Austausch“ – Verschwörungsnarrative nicht nur bei der Identitären Bewegung | 20 |
| 4. Erinnerungs- und Schuldabwehr. Antisemitismus nach 1945 | 25 |
| 5. Proisraelisch und antisemitisch – ein Widerspruch? | 29 |
| 6. Multiple Identitäten: national, männlich oder weiblich, christlich | 33 |
| Quellen | 36 |
| Literatur | 37 |
| Über Prisma | 44 |
| Signal geben! | 45 |
| Anlaufstellen gegen Rechts in Hamburg und im Norden | 46 |

DER ANTISEMITISMUS - NICHT NUR DER NEUEN RECHTEN - BLEIBT EINE PÄDAGOGISCHE HERAUSFORDERUNG

Die Strategie geht auf, wird in heutigen Berichterstattungen die Selbstbezeichnung *Neue Rechte* kritiklos übernommen, als wäre das *Neue* eine Tatsache. Der Versuch extrem rechter Akteur*innen, durch die Abgrenzung vom Nationalsozialismus und durch ein Auftreten abseits von Stereotypen, gesellschaftlich anschlussfähiger zu werden, scheint Früchte zu tragen. Dabei wurde in der Vergangenheit ausreichend dargelegt, dass das *Neue* lediglich die spezifische, insbesondere mediale Inszenierung ist. Die zugrundeliegende extrem rechte Ideologie bleibt dieselbe. Dem Faschismus, zu dem Akteur*innen der *Neuen Rechten* zweifelsfrei zu zählen sind (vgl. Weiß: 2019), ist der Hass auf Jüdinnen_Juden inhärent. Dabei ist Antisemitismus kein Alleinstellungsmerkmal dieser Strukturen, sondern lässt sich in allen Teilen der Gesellschaft wiederfinden – in den Verschwörungserzählungen von Pandemie-Leugner*innen, auf antiisraelischen Demonstrationen, in Klassenzimmern oder Universitäten. Der pädagogische Umgang – nicht nur im Kontext der *Neuen Rechten* – bleibt dabei eine Herausforderung.

Unser Modellprojekt Prisma beschäftigt sich unter anderem mit der Frage nach pädagogischen Zugängen zu *neurechtsaffinen* Adressat*innen. Veränderungsimpulse sollen gesetzt und Distanzierungsmomente initiiert werden. In diesem

Umfeld behandelte Themen werden bezüglich (extrem) rechter Ideologiemerkmale analysiert und dienen als Ausgangspunkt für zukünftige Expertisen. Diese sollen Multiplikator*innen die Möglichkeit geben, sich fortlaufend den wissenschaftlichen und analytischen Fragen zu nähern, die für die eigene Praxis relevant sind.

Die vorliegende Expertise von Olaf Kistenmacher analysiert den Antisemitismus innerhalb der Neuen Rechten. Anhand der Ausschreitungen in Chemnitz wird der öffentliche Schulterchluss *neurechter*, rechtspopulistischer und konservativer Kräfte aufgezeigt. Auch wird u.a. in diesem Zusammenhang auf Verschwörungsnarrative und die Erinnerungs- und Schuldabwehr nach 1945 eingegangen.

Für pädagogisch Handelnde sind Informationen und Wissen über strukturelle und ideologische Zusammenhänge der Neuen Rechten und antisemitischer Ideologie notwendig. Aber auch der Blick auf die Vorannahmen, Funktionsweisen und Potenziale der pädagogischen Arbeit im Feld der Neuen Rechten dient als Voraussetzung für eine Reflexion und Weiterentwicklung eines professionellen Handelns. Mit dieser Expertise wollen wir unseren Teil dazu beitragen.

In Gedenken an die Betroffenen antisemitischer und rechter Gewalt.

Literatur:

Weiß, Volker (2019): Die „Identitäre Bewegung“ – FaschistInnen der Gegenwart?, Hamburg

DAS MODELL- PROJEKT PRISMA

Mit Methoden der Medienpädagogik und der politischen Bildungsarbeit werden innerhalb einer fünfjährigen Projektlaufzeit über webbasierte Zugänge und Ansprachemöglichkeiten im Feld der *Neuen Rechten* entwickelt und erprobt. Ziel des sekundär/tertiär-präventiven Modellprojektes ist das Anstoßen eines ideologischen Distanzierungsprozesses von Symphatisant*innen und Akteur*innen, die sich selbst als *neurechts* bezeichnen oder die durch ihr Verhalten eine Affinität zur *Neuen Rechten* deutlich werden lassen.

Das pädagogische Konzept ist dabei nicht defizitorientiert, sondern greift die (angestrebte) habituelle Inszenierung des Adressat*innenkreises auf. Dabei werden demokratische Erklärungsansätze und nicht-rechte Narrative genutzt, um deren ideologische Inhalte aufzubrechen. Darüber hinaus ist das Projekt ansprechbar für Multiplikator*innen, die mit diesem Phänomen in Berührung kommen, und es wird Handwerkszeug für die pädagogische Praxis entwickelt.

Team Prisma

Hamburg, September 2021

AUSGESPROCHEN UNAUSGESPROCHEN

Latenter Antisemitismus und Erinnerungsabwehr innerhalb der *Neuen Rechten*

OLAF KISTENMACHER

Olaf Kistenmacher, Hamburg, studierte Philosophie, Geschichte und Psychologie und promovierte über antisemitische Aussagen in der Tageszeitung der KPD, *Die Rote Fahne*, zur Zeit der Weimarer Republik. Er ist seit 20 Jahren in der Bildung gegen Antisemitismus und Rassismus tätig, arbeitet als Guide in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und schreibt regelmäßig für die *Jungle World* und *Konkret*. Mit Sina Arnold verfasste er das Buch *Der Fall Ethel und Julius Rosenberg. Antikommunismus, Antisemitismus und Sexismus in den USA zu Beginn des Kalten Krieges*, mit Hans-Joachim Hahn gab er die beiden Sammelbände *Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft* heraus.

Weitere Informationen:

<https://forschungsforum.net/mitglieder/olaf-kistenmacher/>

Die *Neue Rechte* gefällt sich in der Rolle der intellektuellen Avantgarde (extrem) rechter politischer Bewegungen und Parteien. Ihre Vertreter*innen tun so, als wären sie politisch nicht aktiv und wirkten allein über ihre publizistische Tätigkeit. Stolz schreibt die Zeitschrift *Sezession* über ihr Selbstverständnis, dass vieles von dem, „was an der AfD und anderen Widerstandsprojekten grundsätzlich, kompromißlos, nicht verhandelbar und angriffslustig“ sei, „in unserer Zeitschrift vorausgedacht, ausformuliert und in die Debatte erst eingespielt“ worden sei. Mehr könne man „sich von einem metapolitischen Zeitschriftenprojekt nicht wünschen“ (zitiert nach: Bruns/Strobl 2020: 236). Das *Compact*-Magazin bewirbt auf seiner Website eine Sonderausgabe zur Corona-Pandemie mit der Behauptung, der Begriff „Corona-Diktatur“, der „zum Unwort des Jahres 2020“ erklärt wurde, sei „erstmal von Jürgen Elsässer“, ihrem Chefredakteur, verwendet worden (Compact-Shop 2020).

Judenfeindschaft hat in Deutschland eine lange Geschichte, die nicht 1945 endete. In den letzten Jahren nimmt die antisemitische Bedrohungslage gravierend zu. Der Anschlag auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019 war der vorläufige Höhepunkt extrem rechter antisemitischer Gewalt. Die *Neue Rechte* hat dazu beigetragen, für alte Ressentiments neue Begriffe populär zu machen und die Grenzen dessen, was öffentlich sagbar ist, zu verschieben. Dabei haben Götz Kubitschek, Jürgen Elsässer oder die Identitäre Bewegung nichts „vorausgedacht“ oder in Debatten „erst eingespielt“, sondern sie nutzen eine lange andauernde gesellschaftliche Dethematisierung der (extrem) rechten Gefahr und Gewalt, und *Neue Rechte* knüpfen an Ressentiments an, die, wie der Schuldabwehr-Antisemitismus (siehe Kap. 4), sich in West- und Ostdeutschland nach 1945 ohne ihr Zutun entwickelt haben.

Wie das erste Kapitel zeigt, entspricht die metapolitische Selbstdarstellung nicht der Wahrheit. *Neue Rechte* organisieren sich zwar vorrangig außerparlamentarisch. Aber auf diese Weise schaffen sie Netzwerke. Zudem hat gerade Jürgen Elsässer in den zurückliegenden Jahren auf zahllosen Demonstrationen – u.a. den „Mahnwachen für den Frieden“, bei den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida)

oder aktuell bei den „Querdenkern“ – als Redner agitiert. Götz Kubitschek ist in ähnlicher Form politisch aktiv und versucht zudem, über die *Sezession* auf Diskussionen in der Alternative für Deutschland (AfD) einzuwirken. Über sein politisches Selbstverständnis sagte er 2007, er nutze „den Tabubruch, den gezielten Regelverstoß, den zivilen Ungehorsam, die Respektlosigkeit als politische Waffe“ (zitiert nach: Kellershohn 2016: 101).

Zum Begriff der Neuen Rechten bestehen in der Rechtsextremismusforschung und in der medialen Berichterstattung zwei Definitionen nebeneinander, die sich gegenseitig ergänzen. Einerseits wird der Begriff personell definiert, zur Kennzeichnung eines Milieus, das sich um den Antaios-Verlag, die Zeitschrift *Sezession*, Ellen Kositzka und Götz Kubitschek, um die *Junge Freiheit* und das monatlich erscheinende *Compact-Magazin* gruppiert. Die Identitäre Bewegung, zu der das metapolitische Selbstbild ganz offensichtlich nicht passt, wird nichtsdestotrotz oft dazugezählt (Bruns/Strobl 2020; Pfahl-Traugher 2019: 8–9, Weiß 2017: 15–38). Andererseits werden die Gemeinsamkeiten der Neuen Rechten inhaltlich bestimmt. In *Aufruhr in der Echokammer* verweist Johanna Sigl, um die *Neue Rechte* begrifflich von der traditionellen Neonazi-Szene abzugrenzen, auf die „inszenierte[...] Abwendung vom Nationalsozialismus“, während ihre Vertreter*innen zugleich „auf extrem rechte Deutungsmuster“ wie völkische Identitätskonzepte zurückgriffen (Sigl 2020: 9, vgl. Weiß 2017: 27–28). Eine solche inhaltliche Bestimmung kann helfen, die diskursive Wirkmacht der Neuen Rechten besser zu verstehen. Denn in ihren diskursiven Strategien zeigen sich Parallelen zur AfD. Der Historiker Michael Wildt führte bereits an der AfD unter dem Vorsitz von Frauke Petry aus, wie es ihr um die „Entsorgung“ der deutschen Geschichte gehe. Führende AfD-Mitglieder täten so, als könnten Begriffe wie „völkisch“ oder „Volksgemeinschaft“ eine „vom Nationalsozialismus unabhängige Bedeutung“ haben, und würden so ihre inhaltlichen „Verbindungen, Korrespondenzen und Hinführungen“ zur nationalsozialistischen Weltanschauung verschleiern (Wildt 2017: 121).

Die vorliegende kleine Expertise geht einerseits weit über ihr eigentliches Thema hinaus, indem sie nicht allein die *Neue Rechte* in den Blick nimmt, sondern an einem Beispiel – den rechten Aufmärschen in Chemnitz 2018 – gesellschaftliche

Zusammenhänge skizziert, in denen sie wirken können. So soll vermieden werden, dem eingangs genannten Selbstbild einer intellektuellen Avantgarde auf den Leim zu gehen. Andererseits muss diese Expertise aus Platzgründen unvollständig bleiben. Zusätzlich zu den beschriebenen Mustern – Verschwörungsnarrative, Erinnerungs- und Schuldabwehr, identitäre Konstruktionen – müsste noch der Antisemitismus im Zusammenhang mit einem „völkischen Antikapitalismus“ berücksichtigt werden, der das *Compact-Magazin* prägt und auch im „Flügel“ der AfD prominente Anhänger*innen hat (Becker/Eberhardt/Kellershohn 2019; Dietl 2017; Schilk 2020). Aber das muss anderen Veröffentlichungen vorbehalten bleiben. Nach Volkmar Wölks Darstellung soll sich die gesamte *Neue Rechte* über ihre Feindschaft gegen den Liberalismus und den Kapitalismus definieren lassen. „Zentral für die Ideologie der Neuen Rechten“, schreibt er in dem Sammelband *Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus*, sei „ihre Kritik am Liberalismus als Hauptfeind aller Völker sowie ihre Absage an Kapitalismus und Globalisierung als Hauptursache von Masseneinwanderung und Islamisierung“ (Wölk 2020: 180).

Gegen solche Vorstellungen eines „Antikapitalismus“ von rechts“ gibt es allerdings Widerspruch von anderen Fraktionen innerhalb der Neuen Rechten, die autoritäre nationalliberale Positionen vertreten (Schilk 2020: 119). Philipp Stein, Leiter des *neurechten* Projekts „Ein Prozent“, diagnostiziert in dem Sammelband *Marx von rechts* in der sozialen Frage einen „schwelende(n) Konflikt innerhalb der Neuen Rechten“ (zitiert nach: Kellershohn 2019: 133). Die Diskussion in der Neuen Rechten über die „soziale Frage“ gehört in eine umfassendere Auseinandersetzung, zu der außerdem die Haltung zur „Dekadenz“, „Moderne“ und damit auch die lange Tradition rechter Großstadtfeindlichkeit gehört, die sich in Kubitscheks und Kositzas ländlichem Anwesen in Schnellroda widerspiegelt (Kahmann 2016).

1.

Vereint auf der Straße: Neue Rechte, AfD und Nazis in Chemnitz, Spätsommer 2018

Seit dem Mord an Walter Lübcke im Juni 2019, dem Anschlag auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019, bei dem zwei Menschen getötet wurden, und dem neunfachen rassistischen Mord in Hanau im Frühjahr 2020 hat sich die öffentliche Wahrnehmung einer allgemeinen Bedrohungslage durch Nazis grundlegend geändert. Bundesinnenminister Horst Seehofer, der noch im September 2018 die Migration für die „Mutter aller Probleme“ gehalten hat (zitiert nach: O. A. 2018a), bezeichnet seitdem den Rechtsterrorismus als die größte Gefahr für die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Mittlerweile sind weitere rechte Gruppierungen und Terrorbestrebungen bekannt geworden, u.a. die „Gruppe Nordkreuz“ oder die „Gruppe S.“ mit Mitgliedern aus der Bundeswehr und der Polizei (Kleffner/Meisner 2019). Bis sich im November 2011 der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) selbst enttarnte, war es jedoch für einen Großteil der weißen, nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft in Deutschland unvorstellbar, dass ein extrem rechtes Nazi-Terror-Netzwerk bestehen könne, das über Jahre unerkannt Morde an Migrant*innen verübte. Die Polizei hatte jahrelang in die falsche Richtung ermittelt und die Hinterbliebenen der Opfer verdächtigt.

Dabei war acht Jahre zuvor, 2003, in München eine ganz ähnliche rechte Terrorzelle aufgefliegen. Die vierköpfige Gruppe um den bekannten Nazi Martin Wiese hatte, so berichtete der *Spiegel* seinerzeit, eine Liste „mit den Adressen jüdischer und muslimischer Einrichtungen“ angelegt und plante mutmaßlich einen Bombenanschlag „während der Grundsteinlegung für das jüdische Zentrum“ in der bayerischen Landeshauptstadt am 9. November (Neumann/

Röbel/Stark 2003). Dass diese Gefahr bagatellisiert, ignoriert und verdrängt wurde, hat eine lange Vorgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bis 1989 und dem vereinten Deutschland seit 1990 (Steinke 2020, Waibel 2017). Selbst antisemitische Terrorakte und rechte Attentate wurden oft nicht aufgeklärt, die Täter*innen nicht gefasst, und so konnten diese Verbrechen in der Folge von der nichtjüdischen Mehrheit „fast vergessen“ werden (Chaussy 2020, Kistenmacher 2019, Kraushaar 2013). Wie die *Neue Rechte* davon profitiert, zeigt sich beispielhaft während der rechten Aufmärsche in Chemnitz im Spätsommer 2018.

Nach einem Tötungsdelikt am 25. August 2018 mobilisierten, wie in der Wikipedia-Chronik „Ausschreitungen in Chemnitz 2018“ nachzulesen, die AfD und gewaltbereite (extrem) rechte Hooligans bereits am Folgetag zu zwei größeren Demonstrationen. Das wäre nicht passiert, wenn sich nicht sofort das Gerücht verbreitet hätte, für die Tat seien zwei junge Männer aus dem Mittleren Osten verantwortlich. Am zweiten Tag, dem 27. August, kamen bei einer weiteren Demonstration, zu der die extrem rechte Partei Pro Chemnitz aufgerufen hatte, rund 6000 Menschen zusammen. Teilnehmer*innen zeigten den Hitlergruß, drängten die Polizei zurück, bedrohten und jagten antifaschistische Gegendemonstrant*innen und Menschen, die sie als Migrant*innen wahrnahmen, durch die Straßen (O. A. 2018b). Die Bundesregierung verurteilte die Aufmärsche und die Aggressionen in einer Presseerklärung. „Solche Zusammenrottungen, Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens, anderer Herkunft oder den Versuch, Hass auf den Straßen zu verbreiten“, so ihr Pressesprecher Steffen Seibert, „das nehmen wir nicht hin.“ (zitiert nach: O. A. 2018c) Die AfD-Abgeordneten Stefan Räßle und Hans Peter Stauch, die extra aus Baden-Württemberg nach Chemnitz gereist waren, witterten eine Umbruchstimmung. Sie veröffentlichten Fotos von sich auf Twitter und kommentierten: „Falls ich später mal gefragt werden sollte, wo ich am 27. August 2018 war, als die Stimmung in #Deutschland kippte: Ja, ich war in #Chemnitz dabei!“ (zitiert nach: O. A. 2018d)

Am Abend desselben Tages griff ein Dutzend verummter Personen mit Eisenstangen das jüdische Lokal *Schalom* an und verletzte den Betreiber Uwe Dziuballa. Er habe, sagte Dziuballa später, „noch nie“ so große Angst gehabt wie

in diesem Moment (zitiert nach: Steinke 2020: 102). Es war nicht der erste Angriff auf sein Restaurant. Gleichwohl hatte Dziuballa zehn Jahre lang nicht mehr die Polizei gerufen. „Wenn du 45 Anzeigen machst über die Jahre, und es wird nichts aufgeklärt, dann sagst du dir irgendwann: Das ist verschwendete Lebenszeit“ (zitiert nach: Steinke 2020: 99).

Am 3. September kam es zu einem weiteren großen Aufmarsch, dem sogenannten Trauermarsch. Bei ihm versammelten sich prominente Vertreter des AfD-„Flügels“ wie Björn Höcke und Andreas Kalbitz, Lutz Bachmann von Pegida, Michael Stürzenberger von „Politically Incorrect“ ebenso wie Götz Kubitschek, Martin Sellner von der Identitären Bewegung, stadtbekannte Neonazis und Stephan Ernst, der spätere Mörder Walter Lübckes (O. A. 2018b). Dass Kubitschek von der Stimmung angelockt worden war, über die die AfD-Mitglieder Räßle und Stauch so begeistert getwittert hatten, zeigt nicht nur seine Auslassung über die „Notwendigkeiten des Vorbürgerkriegs“, für den Deutsche sich wappnen sollten (zitiert nach: Kellershohn 2016: 104), sondern auch die im September 2018 auf Sezession veröffentlichte Erklärung: Er habe gehofft, schrieb Kubitschek resigniert, die anwesenden AfD-Mitglieder würden wie er „den Staat und seine Machtmittel“ „als Gegner“ ansehen und den Anweisungen der Polizei, die Demonstration aufzulösen, nicht Folge leisten. Stattdessen hätten sie, so Kubitschek, „nebst ihren Leibwächtern“ sofort „das Feld verlassen“. Verbittert resümierte er: „Keine Großdemonstrationen mehr unter der Fahne der AfD. Lasst das andere machen“ (zitiert nach: Speit 2018).

Am 5. September gab der sächsische Ministerpräsident, Michael Kretschmer (CDU), eine Regierungserklärung ab und widersprach der Bundesregierung öffentlich: „Es gab keinen Mob, es gab keine Hetzjagd, es gab kein Pogrom in Chemnitz“ (Sächsischer Landtag 2018: 7205). Ein rechter, gewaltbereiter „Mob“ war in unzähligen Nachrichtensendungen zu sehen gewesen, auch Angriffe auf Menschen waren dokumentiert. Kretschmer leugnete zwar nicht, dass bei den rechten Aufmärschen der Hitlergruß gezeigt worden war. Aber er versuchte, das Problem kleinzureden. Dass er zudem ein „Pogrom“ anführte, ist etwas rätselhaft. Denn davon hatte bis dahin kaum jemand gesprochen. Allerdings war am selben Tag in der Lokalpresse ein Bericht erschienen,

der den Angriff auf das *Schalom* erwähnte. Die regionale Tageszeitung *Freie Presse* berichtete darüber unter der Überschrift „So erlebt die Jüdische Gemeinde die Stadt“ (Zwarg 2018).

In einem Interview mit der *Rheinischen Post*, das am 6. September erschien, äußerte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sogar Sympathien mit den Demonstrierenden in Chemnitz. Er wäre, sagte er, wenn er „nicht Minister wäre, als Staatsbürger auch auf die Straße gegangen“, fügte allerdings hinzu, dass er „natürlich nicht gemeinsam mit Radikalen“ demonstriert hätte (zitiert nach: O. A. 2018e). In einem Interview, das einen Tag später veröffentlicht wurde, ging der Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen noch darüber hinaus. Am 7. September veröffentlichte die *Bild-Zeitung* ein Gespräch mit ihm, in dem er die Authentizität eines Handyvideos anzweifelte, das den rassistischen Angriff von rechten Hooligans dokumentierte. Maaßen sagte, es lägen

„keine Belege dafür vor, dass das im Internet kursierende Video zu diesem angeblichen Vorfall authentisch ist. Nach meiner vorsichtigen Bewertung sprechen gute Gründe dafür, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt, um möglicherweise die Öffentlichkeit von dem Mord in Chemnitz abzulenken“ (zitiert nach: O. A. 2018f, siehe auch Müller-Neuhof 2019: 302).

Maaßen brachte für seine Unterstellungen keinen Beleg. Er versuchte ein Ressentiment zu befeuern, nach dem alle Tageszeitungen und Nachrichtensendungen zusammenarbeiteten, um eine „Falschinformation“ zu lancieren und so die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Für dieses Gerücht hatte zuvor die Pegida-Bewegung einen Begriff wiederbelebt, der aus dem 19. Jahrhundert stammt: „Lügenpresse“ (Probst 2018). Sie konnte dabei auf eine große Resonanz in der deutschen Bevölkerung setzen, denn nach Umfragen waren 2016 mehr als die Hälfte der Befragten überzeugt, dass „in den Medien häufig absichtlich die Unwahrheit gesagt“ werde (von Raden 2016: 162).

Ebenfalls am 7. September berichtete die Tageszeitung *Die Welt* als erste überregionale Zeitung über den Angriff auf das *Schalom*. Mit der Überschrift „Angriff von Neonazis auf jüdisches Restaurant in Chemnitz“ sorgte die Zeitung nicht

nur für Aufmerksamkeit auf den Angriff, sondern mit der Nennung von „Neonazis“ als mutmaßlichen Täter*innen war auch das Bild nicht mehr aufrechterhalten, das Kretschmer und Seehofer aus unterschiedlichen politischen Motiven zu zeichnen versucht hatten. Neonazis waren bei den Aufmärschen in Chemnitz keine Randfiguren, und die Bedrohung durch sie war eine reale Gefahr. Anfang Oktober 2018 ließ die Generalbundesanwaltschaft zudem die Mitglieder einer rechtsterroristischen Gruppierung „Revolution Chemnitz“ festnehmen (O. A. 2021).

Die *Junge Freiheit* stand und steht weiterhin hinter Hans-Georg Maaßen, den sie als Opfer darstellt, nachdem er letztlich wegen seiner versuchten politischen Einflussnahme durch unbelegte Behauptungen als Verfassungsschutzpräsident zurücktreten musste. Wie ähnlich sich die Positionen der neu-rechten Wochenzeitung und Hans-Georg Maaßens sind, zeigte sich bereits im Spätsommer 2018. Unter der Überschrift „Neue Mythen gegen Rechts“ schrieb ihr Autor Thorsten Hinz am 8. September 2018, „Politik und Medien“ würden einen „geistige[n] Bürgerkrieg“ gegen „Gegner[...] der Merkel-Politik“ führen. In ihrer Berichterstattung würden sie „die reale Wirklichkeit – konkret den Messermord an dem 35jährigen Daniel H. und die importierte Gewaltkriminalität im allgemeinen – zum Verschwinden“ bringen und „durch Halluzinationen [ersetzen], in denen Fremdstämmige durch die Straßen geprügelt werden und Nazi-Horden unmittelbar vor der Machtergreifung stehen“ (Hinz 2018).

Die *Neuen Rechten*, die „Flügel“-Prominenz der AfD, gewaltbereite Neonazis erlebten in Chemnitz 2018 eine Art völkisches Frühlingserwachen, zu dem rassistische Menschenjagden ebenso dazugehören wie ein organisierter antisemitischer Angriff. Mittlerweile ist einer der Hauptverdächtigen angeklagt, an der Attacke auf das *Schalom* beteiligt gewesen zu sein. Er soll, wie die *Jüdische Allgemeine Zeitung* 2019 berichtete, einschlägig vorbestraft sein (O. A. 2019). Dass gewaltbereite Neonazis ein jüdisches Lokal angreifen, ist nicht erklärungsbedürftig. Gleichwohl wird das dritte Kapitel zeigen, inwiefern die *Neue Rechte* daran mitwirkt, ein Verschwörungsnarrativ zu befeuern, das zu den Motiven gehören könnte, warum am 27. August 2018 in Chemnitz das *Schalom* Ziel eines organisierten Angriffs wurde.

2.

Formen des latenten Antisemitismus in der *Neuen Rechten*

Versteht man unter Antisemitismus nur offenen Judenhass oder Aufrufe zu Gewalt, so stellt er, wie es der Verfassungsschutzbericht 2020 ausdrückte, „kein ideologisches Grundmerkmal der *Neuen Rechten*“ dar (Bundesamt für Verfassungsschutz 2020: 16). In seinem Artikel „Antisemitismus in der Neuen Rechten“ weist Jonas Fedders hingegen darauf hin, dass der moderne Antisemitismus „von Beginn an eine genuin anti-moderne Ideologie“ gewesen ist. Deswegen sei er für eine politische Strömung besonders attraktiv, die sich darüber definiert, dass ihre Vertreter*innen „die Moderne ablehnten“ (Fedders 2019; siehe auch Jander/Kahane 2020). Die von *Neuen Rechten* stets vorgenommene Abgrenzung zum Nationalsozialismus schließt allerdings eine offizielle Distanzierung zum Judenhass ein. Götz Kubitschek bezeichnet in einem offenen Briefwechsel die Shoah als „ein riesiges Verbrechen“ (zitiert nach: Salzborn 2017: 102). Jürgen Elsässer hat die Journalistin und Politikerin Jutta Ditfurth erfolgreich verklagt, die ihn als „glühenden Antisemiten“ bezeichnet hatte (Yücel 2015).

Was sich in Stellungnahmen von *Neuen Rechten* findet, sind deswegen vornehmlich verschiedene Formen dessen, was in der Antisemitismusforschung als „latenter Antisemitismus“ bezeichnet wird. Allerdings muss man mindestens zwei Bedeutungen unterscheiden (Bergmann/Erb 1986, 1992; Kistenmacher 2020). Zudem muss noch eine weitere Form der Judenfeindschaft berücksichtigt werden, die oft mit dem latenten Antisemitismus in eins gesetzt wird, die sich aber von ihr unterscheidet. Was in der Antisemitismusforschung heute als Schuldabwehr-Antisemitismus bezeichnet wird, hat zwar ebenfalls

latente, „unbewusste“ bzw. verdrängte Motive, beschreibt aber etwas anderes (Kapitel 4).

Als latent werden erstens codierte Formen des Antisemitismus bezeichnet, Anspielungen an geläufige antisemitische Vorstellungen, „versteckte Andeutungen“, die jedoch das Zielpublikum sofort versteht (Adorno 1998 [1961]: 361; Adorno 2002: 159). Über das *Compact-Magazin* schreiben Kevin Culina und Jonas Fedders, die Tatsache, dass die in der Zeitschrift oft angeführten „Hintermänner“ der Regierung oder der Wirtschaftseliten „nicht mit dem Attribut ‚jüdisch‘ versehen“ würden, zeige „eher auf die Tabuisierung des Antisemitismus nach der Shoah“, als dass diese Assoziation nicht mehr gegeben sei (Culina/Fedders 2016: 44). Jan Rathje stellt das Gleiche über das Milieu der „Reichsbürger“ fest, in dem sich der „Souveränist“ Elsässer bewegt. Die „Codes“, die hier benutzt würden, enthalten „implizit“ die antisemitische Vorstellung einer „jüdischen Weltverschwörung“ (Rathje 2017: 143). Sind sie unter sich, warnen sich „Reichsbürger“ gegenseitig mit Verweis auf Gesetze, die die Leugnung der Shoah verbieten, vor entsprechenden Äußerungen oder öffentlichen Sympathiebekundungen für Holocaust-Leugner*innen (Ginsburg 2018: 156). Gerade Jürgen Elsässer kennt die Funktion antisemitischer Codes und Anspielungen aus seiner Zeit als antideutscher Linker der 1990er Jahre ganz genau.

Zweitens werden als latenter Antisemitismus Formen bezeichnet, die den jeweiligen Subjekten gar „nicht bewusst“ sind, zum Beispiel weil sie ihn vor sich selbst verleugnen (Ranc 2016). Mit Blick auf die *Neue Rechte* ließe sich denken, ihre zur Schau gestellte Distanz zum modernen Antisemitismus sei nichts als ein Täuschungsmanöver. Doch Samuel Salzborn hält es nach der Lektüre des Briefwechsels zwischen Marc Jongen von der AfD und Kubitschek in der *Sezession* nicht für ausgeschlossen, dass sich beide für frei von judenfeindlichen Ressentiments halten:

„Unterstellt man Kubitschek und Jongen nicht eine bewusste politische bzw. philosophische Strategie öffentlich inszenierter Selbstverdummung – und dafür spricht der gesamte Kontext der zitierten Passagen nicht –,

dann glauben beide offenbar wirklich, dass das, was sie formulieren, kein Antisemitismus sei“ (Salzborn 2017: 103).

Von dem latenten Antisemitismus wird oft angenommen, er habe sich erst in Reaktion auf die Kriegsniederlage, das Ende des Zweiten Weltkriegs und der Shoah und auf die Besetzung der BRD und der DDR entwickelt. Aber es gab ihn bereits vor 1933 (Kistenmacher 2020: 171–173, Krahl 2016: 193). Wie Theodor W. Adorno bei der Analyse faschistischer Agitation in den Vereinigten Staaten von Amerika zur Zeit des Zweiten Weltkriegs feststellte, reagierten die jeweiligen Redner*innen nicht nur auf Gesetze, die die Aufstachelung zum „Rassenhass“ verboten, oder auf entsprechende gesellschaftliche Tabus. Die Verwendung von Codes dient auch unabhängig davon, eine Gemeinschaft von Menschen, die sich gewissermaßen blind verstehen, zu erzeugen und zu festigen:

„Ein Agitator sagt zum Beispiel: ‚Jene dunklen Mächte, Sie wissen schon, wen ich meine‘, und die Zuhörer verstehen sofort, daß seine Bemerkungen gegen die Juden gerichtet sind. So werden die Zuhörer als eine In-Group behandelt, die schon alles weiß, was der Redner ihr sagen will, und die noch vor jeder Erklärung mit ihm übereinstimmt. Die Eintracht zwischen Redner und Zuhörer wird, wie schon erwähnt, mit Hilfe von versteckten Andeutungen hergestellt.“ (Adorno 2002: 159)

In seiner Studie *Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation* analysierte Leo Löwenthal 1948 ganz ähnliche Strategien, zum Beispiel, wie etwas gezeugnet wird, um es zu behaupten: „Verwirft der Agitator den Antisemitismus oder versichert er die Hörer geradezu seiner prosemitschen Gefühle, dann handelt es sich um Abwandlungen der rhetorischen Figur der Apophasis (man erwähnt etwas, indem man die Absicht bestreitet, es zu erwähnen)“ (Löwenthal 1990: 79).

Die codierten Anspielungen an antisemitische Ressentiments erschöpfen sich nicht darin, statt der Begriffe „jüdisch“ oder „Juden“ andere Worte wie „Globalisten“ oder „Zionisten“ zu benutzen (vgl. Holz 2005: 87–88). Sie fallen, wie sich an einem Redebeitrag Jürgen Elsässers bei einer

„Mahnwachen“-Demonstration im Frühjahr 2014 zeigen lässt, durchaus komplexer aus. Manche Forscher*innen bezeichnen sie deswegen auch als „strukturellen Antisemitismus“, weil sie Leerstellen lassen, bei denen es nahe liegt, sie mit antisemitischen Stereotypen auszufüllen (Balsam/Lelle 2020). 2014 propagierte Elsässer bei einer „Mahnwache“ die Querfront und erklärte die Unterscheidung von „links“ und „rechts“ für obsolet. Die Gesellschaft sei „nicht mehr hauptsächlich in Arbeiter und Kapitalisten“ gespalten.

„Heute haben wir eine andere Spaltung: Hier die 99 Prozent der Ehrlichen und Arbeitenden – und dort das eine Prozent der internationalen Finanzoligarchie. Das Verbrechen hat Name und Anschrift, wie Bertolt Brecht einmal sagte. Um einige Namen zu nennen: Rockefeller, Rothschild, Soros, Chodorkowski, das englische Königshaus, das saudische Königshaus. Warum dürfen wir nicht sagen, dass sich diese Superreichen der Federal Reserve bedienen? Warum sollte das antisemitisch sein?“ (Berlin, 21. April 2014)

Elsässer knüpft damit an den Slogan der Occupy-Bewegung von den „99 Prozent“ an und verweist zunächst auf die „internationale Finanzoligarchie“, für die er mindestens zwei Namen von Banken bzw. Milliardären nennt, die unter Antisemit*innen klar als „jüdisch“ gelten: Rothschild und Soros. Doch er erwähnt zudem verschiedene Königshäuser. Reiche „Juden“ sind nach Elsässer also nicht die alleinigen Profiteure der gesellschaftlichen Spaltung, aber sie machen einen nennenswerten Teil aus. Wer diese Anspielung noch nicht verstanden hat, versteht sie mit der abschließend zitierten Frage. Mit der Formulierung „Warum dürfen wir nicht sagen“ schürt Elsässer das Gerücht, es gäbe in Deutschland eine Macht, die den Vorwurf des Antisemitismus nutzt, um Wahrheiten zu unterdrücken und um damit reiche „Juden“ zu protegieren.

3.

„Großer Austausch“ – Verschwörungsnarrative nicht nur bei der Identitären Bewegung

Der Attentäter von Halle hat seine Taten ebenso live gestreamt wie der australische Neonazi, der in Christchurch, Neuseeland, in zwei Moscheen 51 Menschen ermordet und über 50 verletzt hatte. Zur Begrüßung stellte sich der Attentäter von Halle mit den Worten vor, er heiße „Anon“, womit er sich als Anhänger US-amerikanischer rechter Internet- und Gamer-Foren zu erkennen gab, in denen auch der QAnon-Kult groß wurde, und erläuterte sein Weltbild. „Der Feminismus“ sei „schuld an der sinkenden Geburtenrate im Westen“, die „die Ursache für die Massenimmigration“ sei – doch „die Wurzel dieser Probleme“ sei „der Jude“ (zitiert nach: Kracher 2019). In dem Zitat sind drei Motive vereint, die zum Weltbild der extremen Rechten gehören: Antifeminismus, Rassismus und Antisemitismus (Hessel/Misiewicz 2020). Doch das antisemitische Feindbild nimmt in den Ausführungen eine zentrale Stellung ein, „der Jude“ ist die angebliche Ursache aller anderen Phänomene.

Ein Jahr zuvor hatte der US-amerikanische Neonazi, der in der Synagoge in Pittsburgh elf Jüdinnen*Juden ermordete, eine Organisation mit dem Namen Hebrew Immigrant Aid Society dafür verantwortlich gemacht, „Invasoren“ ins Land zu bringen, die „unser Volk töten“ (zitiert nach: Rathje 2018, siehe auch Quent/Rathje 2019). Diese Verknüpfung von Rassismus und Antisemitismus haben sich Neonazis nicht erst im 21. Jahrhundert ausgedacht. Sie ist mindestens 80 Jahre älter. „Juden waren und sind“ es, schrieb Adolf Hitler 1925

in *Mein Kampf*, die Personen of Colour „an den Rhein“ gebracht hätten, damit die im Deutschen Reich Kinder zeugten, um so „die ihnen verhaßte weiße Rasse zu zerstören“ (Hitler 1925).

Menschen migrieren aus verschiedensten Gründen. Sie fliehen vor Armut, vor Katastrophen, vor Kriegen, vor Unterdrückung oder auf der Suche nach einem besseren Leben. Für rechtspopulistische und -extreme Bewegungen und Parteien dürfen diese offensichtlichen Gründe nicht gelten, weil sie bei den meisten Menschen spontan Mitgefühl erzeugen. Stattdessen stellen *Neue Rechte*, aber auch Vertreter*innen der AfD die Migration als ein Kampfmittel gegen eine vermeintlich einheimische Bevölkerung dar. Die *Junge Freiheit* beschwor 2011 während des Arabischen Frühlings folgendes Bild:

„Millionen drängen sich an der natürlichen Grenze Europas, dem Mittelmeer, bereit zum Übersetzen. Es sind junge, kraftvolle Männer aus patriarchalischen Gesellschaften mit dem uns überwiegend verlorengegangenen Wille, sich und ihre Sippe fort dauern zu lassen, biologisch zu überleben“ (zitiert nach: Paul 2016: 130).

Für diese Vorstellung hat vor allem die *Identitäre Bewegung* die Ausdrücke „großer Austausch“ und „Bevölkerungsaustausch“ populär gemacht. Es werden aber auch andere Begriffe benutzt, um das Gleiche zu behaupten. Der Berliner AfD-Abgeordnete Thorsten Weiß behauptete 2019 auf seiner Facebook-Seite: „Regierung plant den Volkstod“ (zitiert nach: Jansen 2019). Der Krimiautor Akif Pirinçci, dessen Auftritt bei Pegida im Oktober 2015 einen Skandal verursachte (Gebhardt 2016: 207), veröffentlichte im Jahr darauf bei Antaios das Buch *Umvolkung. Wie die Deutschen still und leise ausgetauscht werden*.

Die Rede von einem großen Plan zieht die Fragen nach sich, wer sich einen solchen Plan ausgedacht haben könnte und wer über die Macht verfügen soll, ihn umzusetzen. Es würde die Strategie der *Neuen Rechten* unterlaufen, wenn zum Beispiel Martin Sellner von der Identitären Bewegung denselben Zusammenhang herstellen würde wie die Attentäter von Halle und Pittsburgh. Sellner nennt vielmehr in einem Beitrag für die deutsche Fassung von Renaud

Camus' *Revolte gegen den Großen Austausch* 2019, „unsere Eliten, die uns fortgesetzt verraten“, und „unsere Intelligenz, die sich im Ethnomasochismus suhlt“, als „die eigentlichen Urheber“ (zitiert nach Bruns/Strobl 2020: 243). Dabei stellte sich zu diesem Zeitpunkt für Sellner und andere nicht nur das Problem, sich öffentlich vom Nationalsozialismus zu distanzieren, sondern auch vom extrem rechten Terror. Denn der Attentäter von Christchurch hatte vor der Tat ein Manifest mit dem Titel *The Great Replacement* veröffentlicht; zudem wurde bekannt, dass er Kontakt zur Identitären Bewegung in Europa hatte. Sellner und Martin Lichtmesz wollten im Mai 2019 hingehen so tun, als wären die Ausdrücke „großer Austausch“ und „Bevölkerungsaustausch“ zu Unrecht

„in den letzten Wochen ins Visier multikultureller Politiker und Journalisten gekommen. Sie versuchen mit aller Kraft, die damit bezweckte Thematisierung des demographischen Wandels in den Ländern Westeuropas als ‚rechtsextreme Verschwörungstheorie‘ abzutun und jeden, der es wagt, davon zu sprechen, in die Nähe von Terrorismus zu rücken“ (Lichtmesz/Sellner 2019).

Der Zusammenhang dieses Verschwörungsnarrativs zum Antisemitismus bleibt nicht nur wegen der langen Vorgeschichte präsent, sodass Rechte nicht explizit von „Juden“ als Hintermännern sprechen müssen, um die Verbindung wachzurufen. Seit einigen Jahren verweisen Neonazis, völkische Rechte in der AfD oder auch die ungarische Regierung auf George Soros. Soros ist, als US-amerikanischer Milliardär und aus einer ungarischen jüdischen Familie kommend, für extreme Rechte der angebliche Beleg für das alte Stereotyp. So sagte der bayerische AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Winhart bei einer Wahlveranstaltung am 6. Oktober 2018: „Wir haben am 14. Oktober die Chance, die AfD in den bayerischen Landtag hineinzuschicken, Frau Merkel in Ruhestand zu senden und die Soros-Flotte mit den ganzen Rettungsbooten im Mittelmeer zu versenken“ (zitiert nach: Schindler 2018). Es existiert selbstredend keine Soros-Flotte. Aber Winharts Behauptung, in Gegenwart von Alice Weidel ausgesprochen, wurde von seinem Publikum verstanden. Stephan Brandner von der AfD bezeichnete George Soros im Bundestag als

„zweilichtigen, dubiosen internationalistischen Strippenzieher“, sein Parteifreund Armin-Paulus Hampel behauptete, Soros habe den Migrationspakt der Vereinten Nationen „vorgedacht“ (zitiert nach: Eberhardt/Friedrich 2019: 119).

Lange Zeit war die Vorstellung verbreitet, der Hass der extremen Rechten sei nicht mehr antisemitisch, sondern rassistisch ausgerichtet und an die Stelle des Feindbilds „Jude“ sei bei ihnen das Feindbild „Moslem“ gerückt (vgl. Sokolowsky 2009: 139–159). Dass sich die Bedrohung durch Neonazis bereits in den 1980er und 1990er immer auch gegen Jüdinnen*Juden richtete, rückt erst seit dem Anschlag von Halle wieder ins öffentliche Bewusstsein (Lierke/Perinelli 2020, Steinke 2020). Bei Verschwörungsideologien war und ist das antisemitische Feindbild unersetzlich, denn es beinhaltet eine Vorstellung von Macht, die nur „den Juden“ seit Jahrhunderten zugeschrieben wird. Wie der US-amerikanische Politologe Moishe Postone 1979 ausführte, ist die im Rassismus unterstellte Macht in den meisten Fällen konkret und sichtbar, eine körperliche oder sexuelle Überlegenheit. „Die den Juden im *modernen* Antisemitismus zugeschriebene Macht“ sei dagegen „durch mysteriöse Unfaßbarkeit, Abstraktheit und Universalität charakterisiert“. Sie stehe für Antisemit*innen „hinter den Erscheinungen“, sei „konspirativ“. Deswegen existiere nur im modernen Antisemitismus, nicht aber im Rassismus die Vorstellung einer „Weltverschwörung“ (Postone 2005: 179, siehe auch Weiß 2017: 227). Auf diese angebliche Macht wird mitunter sogar anerkennend verwiesen. So gibt sich Götz Kubitschek voller Bewunderung über die vermeintlichen „Vernetzungsstrategien des weltweit hervorragend aufgestellten Judentums“ (zitiert nach: Salzborn 2017: 102).

Es ist nicht entscheidend, ob prominente Mitglieder der AfD den Ausdruck „Bevölkerungsaustausch“ verwenden, wie der Fraktionsvorsitzende der AfD, Alexander Gauland, das noch 2018 tat (Burschel 2020: 13, siehe auch O. A. 2019b). Denn man kann auf die dahinterstehende Vorstellung auch anspielen, ohne das Wort zu benutzen. Björn Höcke raunte 2015 in Gera von „einem großen, geopolitischen Plan“, dass die „Migrationswaffe“ eingesetzt werde, um „die Destabilisierung Europas“ zu erreichen (zitiert nach: Grimm/Kahmann 2017: 47–48). Max Otte, Mitglied der CDU, bis Anfang 2021 allerdings

Kuratoriumsvorsitzender der AfD-nahen Erasmus-Rotterdam-Stiftung, schrieb mit Bezug auf einen Artikel der *Zeit* am 20. September 2020 auf Twitter: „#Rentner raus aus #Deutschland. #Migranten rein. Und kräftig dafür werben. Wie nennt man das, @zeitonline? Bevölkerungsaus ... Ich schreibe das Wort nicht aus. Das geht ja gar nicht. Das wäre ja eine #Verschwörungstheorie ...“ (Otte 2020).

Ottes Tweet ist ein passendes Beispiel für die rhetorische Figur der Apophase, die Leo Löwenthal kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in *Falsche Propheten* analysierte. Unnötig zu sagen, dass Otte keine Verbindung zu explizit antisemitischen Verschwörungsideologien zieht. Er tut sogar so, als würde er einen „Bevölkerungsaustausch“ gar nicht behaupten, sondern ein Bericht aus einer nichtrechten Zeitung, in dem das selbstverständlich nicht steht, würde diese Behauptung nahelegen. So konnte Otte etwas erwähnen, indem er die Absicht bestritt, darüber sprechen zu wollen (siehe Kapitel 2).

4.

Erinnerungs- und Schuldabwehr.

Antisemitismus nach 1945

Anfang der 1950er Jahre stellte das Forschungsteam um Theodor W. Adorno bei Gruppeninterviews fest, dass das Wissen um das einmalige Menschheitsverbrechen der Shoah in der jungen BRD nicht zu einer „radikalen Abkehr vom Antisemitismus“ geführt habe (Adorno 2003 [1954]: 323). Es gebe zum einen nach wie vor manifeste Judenfeindschaft, zum anderen geisterten „zahlreiche Einzelelemente des faschistischen Denkens“ durch die Köpfe der Befragten (Adorno 2003 [1954]: 288). Zudem zeige sich, dass das Wissen um die Shoah sogar eine neue Form des Antisemitismus motiviere. Für diese Form der Judenfeindschaft benutzte Adorno den Begriff „sekundärer Antisemitismus“, mittlerweile hat sich der Begriff „Schuldabwehr-Antisemitismus“ dafür etabliert. Es handelt sich dabei, wie eine oft zitierte Formel sagt, um eine Judenfeindschaft „nicht trotz, sondern wegen Auschwitz“ (Salzborn 2020: 143–144). Die Auswirkungen des Schuldabwehr-Antisemitismus sind vielfältig: Nichtjüdische Deutsche meiden den Kontakt mit Überlebenden der Shoah, mit Jüdinnen und Juden allgemein, sie umgehen die Themen Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und Shoah, oder sie versuchen notorisch, die Nazi-Verbrechen zu relativieren und sich selbst als Opfer darzustellen (Kistenmacher 2017, Rensmann 1998, Salzborn 2020, Welzer/Moller/Tschuggnall 2002).

So sagte eine Person in den von Adorno analysierten Gruppeninterviews Anfang der 1950er Jahre: „Ja, dann war es praktisch so, daß wir 1946 ein gutes Abkommen, ein gutes Einvernehmen mit den Juden gewollt hatten, und die Juden haben praktisch unsere Hand zurückgeschlagen“ (zitiert nach: Adorno 2003: 260). Wie Adorno in dem Essay „Schuld und Abwehr“

betonte, wird diese Abwehr nicht nur durch eine familiäre Bindung an die Täter*innengeneration motiviert, sondern es reicht die „mehr oder minder blinde Identifikation mit der Nation als Kollektiv“, um den Drang zu haben, die Last der deutschen Geschichte loswerden zu wollen und deswegen die Menschen abzulehnen, die an diese Last erinnern (Adorno 2003: 151). Anders ausgedrückt, stellen sich die nichtjüdischen Deutschen, die von dieser Abwehr möglicher Schuldgefühle getrieben sind, als Opfer der eigenen Vergangenheit dar, an die sie „von außen“ erinnert werden.

Der Schuldabwehr-Antisemitismus ist, wie zahlreiche Studien belegen, auch im 21. Jahrhundert weit verbreitet (Bernstein 2020, Schwarz-Friesel/Reinharz 2012), und er prägt unterschwellig seit Langem vor allem die erinnerungspolitischen Debatten um Entschädigungen oder das Holocaust-Mahnmal in Berlin (Salzborn 2020). In den letzten sechs Jahren wird die Erinnerungsabwehr ganz offiziell von der AfD vertreten, die in ihrem Parteiprogramm 2016 behauptet, die Mahnung an den Nationalsozialismus sei eine „Verengung der deutschen Erinnerungskultur“, und stattdessen fordert, sich mehr auf die „positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte“ zu beziehen (zitiert nach: Grimm/Kahmann 2017: 50) Berüchtigt ist Björn Höckes Forderung nach einer „180-Grad-Wende in der Erinnerungspolitik“ und Alexander Gaulands Rede vom „Vogelschiss“. In dem bereits zitierten Briefwechsel zwischen Marc Jongen und Götz Kubitschek ist es der AfD-Mann, der ein Motiv der Schuldabwehr anklingen lässt, wenn er vor den „heuchlerischen politischen Instrumentalisierungen des Holocaust“ warnt (zitiert nach: Salzborn 2017: 111).

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie zeigt sich die Erinnerungs- und Schuldabwehr in der Trivialisierung der Shoah bei den Coronaleugner*innen, die sich gelbe Sterne anheften, die an den „Judenstern“ der Nationalsozialisten erinnern und auf denen statt „Jude“ „Impfgegner“ oder „ungeimpft“ steht. Wie Julian Bruns und Natascha Strobl in dem Sammelband *Das faschistische Jahrhundert* schreiben, geht der Begriff „Schuldskult“ auf die *Neue Rechte* zurück,

„um damit den Umgang der Deutschen mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und insbesondere der Shoah zu diskreditieren. Die Aufarbeitung

und Konfrontation wird als ‚Kult‘, also eine Art religiösen Akt, verächtlich gemacht. Im Sammelband ‚Meine Ehre heißt Reue. Der Schuldstolz der Deutschen‘, den das Institut für Staatspolitik 2007 herausgab, finden sich weitere Variationen des Begriffs wie ‚Schuld lust‘ und ‚Schuld stolz‘“ (Bruns/Strobl 2020: 248–249).

In dem Band „*Meine Ehre heißt Reue*“ wird gefordert, den „Schuld kult“ zu beenden. Er sei „pervers“ und zeige „nur die Ausweglosigkeit der Situation. Alles spricht dafür, daß es sich bei Schuld stolz und Schuld lust um lebensfeindliche Phänomene handelt. Die deutsche Nation muß unter allen Umständen auf solchen Stolz und solche Lust verzichten, wenn sie nicht an ihr Ende gelangen möchte“ (Institut für Staatspolitik 2007: 39).

In einem Leitartikel bezeichnet die *Junge Freiheit* die Erinnerung an die Shoah als eine Ersatzreligion, die an die Stelle der christlichen Religion gerückt sei: „Der mächtigste Dämon der Gegenwart ist die Zivilreligion, in der Auschwitz an die Stelle Gottes tritt“ (zitiert nach: Weiß 2017: 225). Die Identitäre Bewegung drückt sich in einem bei Antaios veröffentlichten Band über Martin Heidegger drastischer aus. Es seien, so Martin Sellner und Martin Spatz in *Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger*, „doch dieser fort dauernde Schuld- und Sühne komplex, dieser nicht enden wollende Gang nach Canossa, die angebliche Schuld der Deutschen und die angebliche Schuld der weißen Rasse, die uns lähmen“ (zitiert nach: Weiß 2017: 115).

Die Kritik an der Erinnerungspolitik war zu dieser Zeit alles andere als originell. 1998 hatte der Schriftsteller Martin Walser in seiner Dankesrede für den Friedenspreis des deutschen Buchhandels über die „Dauerrepräsentation unserer Schande“ geklagt, und Rudolf Augstein war ihm im *Spiegel* beigesprungen und hatte in Hinblick auf das geplante Denkmal für die ermordeten Jüdinnen*Juden Europas in Berlin gewarnt:

„Ließen wir den von Eisenman vorgelegten Entwurf fallen, wie es vernünftiger wäre, so kriegten wir nur einmal Prügel in der Weltpresse. Verwirklichen wir ihn, wie zu fürchten ist, so schaffen wir Antisemiten, die vielleicht

sonst keine wären, und beziehen Prügel in der Weltpresse jedes Jahr und lebenslang, und das bis ins siebte Glied“ (Augstein 1998).

Augsteins Argumentation folgt einem der eingangs beschriebenen Muster der Schuldabwehr, das sich ungefähr so zusammenfassen lässt: Seit 1945 hätten nichtjüdische Deutsche keine Ressentiments gegen Jüdinnen*Juden, doch wenn sie an die nationalsozialistische Vergangenheit und an die Shoah erinnert werden, weckt es feindliche Gefühle bei Menschen, die „sonst keine“ hätten. Zur Erinnerungs- und Schuldabwehr gehört auch, dass sich *Neue Rechte* nach außen gern auf der Seite des Antifaschismus verorten. Bevor Donald Trump gewählt wurde, für dessen Präsidentschaft das *Compact-Magazin* mit einer Sonderausgabe warb, warnte Elsässers Organ zugleich vor einer möglichen Präsidentin Hillary Clinton mit dem sarkastisch gemeinten Titel „Heil Hillary“. 2013 berichtete das *Compact-Magazin* über den NSA-Überwachungsskandal mit den Worten: „Die neue NS-Diktatur ist die NSA-Diktatur“ (zitiert nach: Culina/Fedders 2016: 49). Dass Elsässer das Wort „Corona-Diktatur“ geprägt haben will, gehört ebenfalls zu dieser Inszenierung als „Antifaschisten“. Bei den jetzigen Coronaleugner*innendemonstrationen läuft selbst ein Neonazi wie Sven Liebich, mit einer Ausgabe von Anne Franks Tagebuch unter dem Arm, mit.

Nach Jan Rathjes Darstellung könnte auch das Milieu der „Reichsbürger“ wesentlich von Schuldabwehr geprägt sein. Ihre absurd anmutenden Phantasien, die Bundesrepublik Deutschland würde nicht existieren und sie lebten stattdessen in Fürstentümern und Königreichen, die bereits vor dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg bestanden haben oder haben sollen, könnten sich ebenfalls aus dem (kaum bewussten) Wunsch ergeben, in einen Zustand vor der Shoah gewissermaßen zurückzukehren. Denn mit der Leugnung der BRD ignorieren die „Reichsbürger“, ob bewusst oder unbewusst, auch die deutsche Kriegsniederlage und ihre Ursachen, die Deutschen hätten somit weder Kriegsverbrechen begangen noch den Zweiten Weltkrieg verloren. Stattdessen hätten sie in der Geschichte gewonnen, und die „siegreichen Deutschen“, so Rathje mit Verweis auf Aussagen des „Reichsbürgers“ Adrian Ursache, würden „am Ende mit einem mythischen Heilsort (Deutsches Reich, eigener Staat, Souveränität) belohnt“ (Rathje 2017: 143).

5. Proisraelisch und antisemitisch – ein Widerspruch?

Es wird oft vermutet, dass sich antisemitische und proisraelische Positionen ausschließen würden. In der Tat gehen Antisemitismus und Antizionismus oftmals Hand in Hand. Ein antisemitischer Antizionismus findet sich nicht nur bei der extremen Rechten; er ist weit verbreitet und wird in allen Bereichen des politischen Spektrums vertreten (Bernstein 2020: 201–241; Holz 2005: 79–99; Rensmann 89–90; Rokahr 2019; Schwarz-Friesel/Reinharz 2013: 98–105). Vor 1945 war der antisemitische Antizionismus bei führenden NSDAP-Ideologen wie Alfred Rosenberg und anderen ein fester Bestandteil des völkischen Antisemitismus (Nicosia 2008: 90–104). Adolf Hitler behauptete in einer seiner ersten großen Reden 1920, „Juden“ könnten keinen eigenen Staat aufbauen, weil sie keine eigene Volkswirtschaft aufbauen würden: Ein „Volk, das sich der Arbeit nicht selber unterziehen will – der manchmal auch undankbaren Arbeit, einen Staat zu bilden und zu erhalten“, werde „niemals einen Staat selber gründen, sondern es stets vorziehen, als Dritter in einem anderen Staate zu leben“ (zitiert nach: Holz 2001: 394).

Dass die NSDAP eine antisemitisch-antizionistische Ideologie vertrat, führte allerdings nach 1933 nicht dazu, dass sie zionistische Bestrebungen im Deutschen Reich generell unterbunden hätte. Bevor die Nationalsozialist*innen den Zweiten Weltkrieg begannen und die Vernichtungspolitik starteten, ließen sie im gewissen Umfang zionistische Vereinigungen gewähren und ermöglichen über 50.000 Jüdinnen*Juden die Auswanderung. Während der 1930er Jahre waren sich, wie Francis R. Nicosia in *Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich* schreibt, die verschiedenen NSDAP-Organisationen darin einig,

dass „sich die zionistische Bewegung und ihre Institutionen für die Bestrebung als nützlich erweisen würden, Großdeutschland ‚judenrein‘ erklären zu können“ (Nicosia 2008: 369).

Im Unterschied zu Neonazi-Gruppierungen und -Parteien, die den „Zionismus“ als Feindbild propagieren und wie Vertreter*innen der rechten Splitterpartei Die Rechte „Israel ist unser Unglück“ schreien, bestreiten *Neue Rechte* nicht das Existenzrecht eines jüdischen Staates. Das scheint zu ihrem Konzept des „Ethnopluralismus“ zu passen, den das bei Antaios verlegte *Staatspolitische Handbuch* als Form des „scheidungsfähigen friedlichen Nebeneinanders verschiedener Kulturen“ definiert (zitiert nach: Weiß 2017: 191). Dem Israel-Hass der Neonazis am nächsten kommt Jürgen Elsässer mit seinem Organ. Im *Compact-Magazin*, so Jonas Fedder und Kevin Culina in ihrer Studie *Im Feindbild vereint*, ist der jüdische Staat „eines der häufigsten Themen“. Kaum eine Ausgabe, in der nicht der „jüdische Staat, sein behaupteter Einflussbereich und vor allem seine vermeintlichen Verbrechen“ thematisiert würden. „Es wird suggeriert, es gäbe kaum einen politischen oder ökonomischen Bereich, in dem der Staat oder seine Institutionen keinen versteckten Einfluss hätten“ (Culina/Fedders 2016: 56).

Das Feindbild Israel ist im *Compact-Magazin* verbunden mit Verschwörungsnarrativen, die vermeintlich globale Beziehungen kritisieren sollen. Nicht alle Aussagen strotzen so vor Hass wie die folgende aus der Novemberausgabe 2013, aber die sprachlichen Muster ähneln sich, wie Fedder und Culina zeigen: „Die Kriegspartei in Israel rast. Deren Tentakeln reichen bis ins Pentagon, bis in die US-Geheimdienste. Obama hat reagiert und Anfang Oktober zwei Atomwaffengeneräle geschasst. Ob das reicht, um die Israel-Lobby zu zähmen?“ (zitiert nach: Culina/Fedders 2016: 62)

„Generell“, so der Historiker Volker Weiß in einem Vortrag zum Israel-Bild der *Neuen Rechten*, sei „das Mitteilungsbedürfnis dieser Kreise zu den Themen Judentum und Israel nicht sehr groß. [...] Die Beendigung der Vergangenheitsbewältigung steht ganz oben auf der Agenda, der Nahostkonflikt nicht“ (Weiß 2021: 2). Diese Zurückhaltung erkläre sich aus der Furcht, „der Öffentlichkeit zu schnell Agriffsfläche zu bieten“ (ebd.). Weiß verweist

auf den Slogan „Weder Kippa noch Palituch“ der Identitären Bewegung (Weiß 2021: 4). Insofern besteht in der Positionierung zum jüdischen Staat einer der Streitpunkte zwischen Neuen Rechten und der AfD, die sich proisraelisch gibt. In seinem *Sezession*-Beitrag „Israel und Deutschland“ stellt Götz Kubitschek Deutschland einem angeblichen israelischen und US-amerikanischen Machtblock gegenüber, und er verbindet seine Kritik der als proisraelisch verstandenen deutschen Außenpolitik mit Mustern des Schuldabwehr-Antisemitismus. Demnach wäre die Gefahr groß, dass sich Deutschland durch die Erinnerung an die Shoah erpressen lassen würde:

„Diese bedingungslose, zu einem nicht unerheblichen Teil deutsche Interessen widersprechende Unterstützung israelischer und/oder US-amerikanischer Außenpolitik dadurch zu erzwingen, daß man moralpolitisch mit Auschwitz und der deutschen Schuld argumentiert, kann keinesfalls ein Ansatz für eine patriotisch-alternative Politik in Deutschland sein.“ (Kubitschek 2020: Israel und Deutschland, auf: *Sezession*, 11. Februar 2020)

Mit Blick auf die AfD sprechen Marc Grimm und Bodo Kahmann von einer „instrumentelle[n] Israelsolidarität“ und warnen:

„Nicht trotz, sondern wegen pro-israelischer und antisemitismuskritischer Bekundungen, die eine politische und gesellschaftliche Isolation der AfD verhindert haben, kann sie als ein Katalysator für die Verfestigung antisemitischer Ressentiments in der deutschen Bevölkerung und für eine zunehmende Enttabuisierung und Normalisierung von Antisemitismus in der politischen Debatte wirken“ (Grimm/Kahmann 2017: 56).

Es müsste noch untersucht werden, inwiefern das christliche Selbstverständnis, das die *Junge Freiheit* pflegt (Wamper 2008), ihre Sichtweise des jüdischen Staates prägt und auf die Position der *Neuen Rechten* insgesamt übertragbar ist. Dabei wäre auch der Frage nachzugehen, inwieweit es innerhalb der *Neuen Rechten* einen „Erlösungszionismus“ gibt, der, wie Martin Kloke schreibt, christlich-fundamentalistische Rechte in Europa und den USA eint und mit anderen anti-modernistischen Strömungen verbindet. Der Staat Israel wird in diesen Kreisen

vor allem verehrt, um bei einer zukünftigen globalen Krise das Christentum zu erlösen. Christliche Fundamentalist*innen sehen den 1948 gegründeten Staat Israel als „Beginn der messianischen Endzeit“ und als den „angebliche[n] Beweis, dass die Wiederkunft Christi nahe bevorsteht“ (Kloke 2020: 272). Sie machen, so Kloke, ihre zur Schau gestellte Solidarität mit Israel davon abhängig, dass sich die israelische Regierung in ihrem – fundamental-christlichen – Sinn richtig verhält (Kloke 2020: 284). Auch wenn eine proisraelische Positionierung keine antisemitische Ressentiments ausschließt, wirken *Neue Rechte* wie Elsässer und Kubitschek in Bezug auf die AfD und andere rechte Strömungen eher noch radikalisiert, was die Feindschaft gegen den jüdischen Staat angeht.

6.

Multiple Identitäten: national, männlich oder weiblich, christlich ..

Grundlegend für den Antisemitismus ist die Vorstellung, Jüdinnen*Juden unterschieden sich wesentlich von allen anderen nationalen, religiösen, ethnischen Gruppen (Haury 2002, Holz 2001, 2005, Schäuble 2012). Am Beispiel des Sachbuchbestsellers *Deutschland schafft sich ab* des Sozialdemokraten Thilo Sarrazin führt der Historiker Volker Weiß aus, wie verbreitet völkische Vorstellungen jenseits des Milieus der Neuen Rechten sind. Zugleich lässt sich an diesem Beispiel veranschaulichen, wie im 21. Jahrhundert die Grenzen des Sagbaren herausgefordert werden. Begleitend zu seinem Bucherfolg behauptete Sarrazin in einem Interview mit der Tageszeitung *Die Welt* 2010: „Alle Juden teilen ein bestimmtes Gen, Basken haben bestimmte Gene, die sie von anderen unterscheiden“ (zitiert nach: Seibel/Schuhmacher/Fahrun 2010). Später distanzierte er sich von dieser Aussage in Bezug auf „Juden“, blieb aber bei seinem biologistischen Menschenbild. Er hätte, so Sarrazin, statt „Juden“ besser von „Ostfriesen“ sprechen sollen, dann „wäre es kein Thema gewesen“ (zitiert nach: O. A. 2015). Weiß weist überdies darauf hin, dass Sarrazin „erst auf Bitten des Verlages“ in seinem Buch „den Begriff der ‚Ethnie‘ verwendete“; im Manuskript habe er noch „Rasse“ geschrieben (Weiß 2011: 117). Aus völkischer Sicht ist ein solches Menschenbild nicht notwendigerweise negativ konnotiert. So klingt Götz Kubitschek schwärmerisch, wenn er behauptet, Jüdinnen*Juden hätten sich unter anderem über Jahrhunderte durch „Abstammungsdisziplin“ als „unverwechselbare Gruppe“ erhalten (zitiert nach: Salzborn 2017: 102).

Die Antisemitismusforscher Thomas Haury und Klaus Holz weisen darauf hin, dass antisemitische Feindbilder nur in Wechselbeziehung mit dem impliziten

oder expliziten Selbstbild zu verstehen sind. In den von ihnen analysierten historischen Fällen handelt es sich um ein nationales Selbstbild. Im modernen Nationalismus kommt dem antisemitischen Feindbild eine spezifische Funktion zu. Während jede Nation sich in Abgrenzung zu anderen Nationen definiert, grenzen sich die europäischen Nationen zugleich von „den Juden“ ab, die demnach das Gegenprinzip zur nationalen Identität an sich verkörpern, weil „Juden“ angeblich gleichzeitig überall sind, aber nirgendwo dazugehören würden (Hauray 2002, Holz 2001). Da *Neue Rechte* die Nation aber über die „Abstammung“ definieren, ähnelt ihr Bild der Nation und des Staates dem einer großen Familie. Aus dieser Parallele erklärt sich die Überschneidung von *neurechten* und antifeministischen Positionen (Hessel/Misiewicz 2020; Kemper 2016; Schmincke 2021). Was Karin Stögner am Beispiel der Freiheitlichen Partei Österreich ausführt, lässt sich auf *neurechte* Identitätspolitik übertragen: Die eigene nationale Identität gilt als überzeitlich und rein, „das Eigene als strikt getrennt vom Fremden; ebenso wie bei der Geschlechterbinarität gibt es auch hier keine Übergänge. Tritt das eine im anderen auf, etwa Weibliches an Männern oder Männliches an Frauen, löst das höchstes Unbehagen aus“ (Stögner 2017: 158).

Die antisemitischen Bilder ergänzen sowohl den Nationalismus als auch den Antifeminismus und die Homofeindlichkeit der extremen Rechten. Denn „Juden“ wird nachgesagt, jegliche Identität zu unterlaufen, die den Neuen Rechten, wie die nationale und die geschlechtliche, als „angeboren“ gilt. Über Jüdinnen*Juden wird seit über 150 Jahren das Gerücht tradiert, ihr Geschlecht sei nicht eindeutig. In antisemitischen Karikaturen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wurden Juden als unmännlich, Jüdinnen als unweiblich dargestellt (AG Gender-Killer 2005, Günther 2012). Sie werden als der Grund dafür imaginiert, dass sich die vermeintlich „natürliche“ Geschlechterordnung in der Moderne aufzulösen beginnt.

Bei der Identitären Bewegung ist die „Verteidigung der ‚eigenen Identität‘“ schon im Namen festgeschrieben. Diese Verteidigung gehört, so Weiß, „fest zum Denken“ der gesamten Neuen Rechten (Weiß 2017: 99). Die *Neue Rechte* versucht, die vermeintliche eigene nationale Identität über ein angeblich

angeborenes kulturelles Erbe zu definieren, und um dieses Erbe von der nationalsozialistischen Vergangenheit zu entlasten, knüpfen *Neue Rechte* an Traditionen an, die tatsächlich oder in ihrer Vorstellungswelt vor 1933 bestanden haben. Über den konkreten Inhalt der eigenen „Identität“ bestehen allerdings durchaus Kontroversen. Manche gehen bei der Identitätssuche noch weiter zurück als vor 1933.

Die deutsche Identität war bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fraglos eine christliche. Regina Wamper zeigt, wie die *Junge Freiheit* sich in dieser christlichen nationalen Tradition verortet und dabei meint, einen vermeintlich unbelasteten christlichen „Antijudaismus“ übernehmen zu können (Wamper 2007; vgl. Kellershohn 2016a: 21–22). 2004 hieß es in der *Jungen Freiheit* 13, der „traditionell-kirchliche Antijudaismus“ habe „mit Antisemitismus aber auch gar nichts zu tun“, sondern der Antijudaismus sei „sozusagen als Reflex auf einen oft sehr aggressiven jüdischen Antichristianismus, wie er in manchen haßerfüllten Passagen des Talmuds zu lesen ist“, entstanden (zitiert nach: Wamper 2007: 158). In dieser Sichtweise erscheinen die nichtjüdischen Deutschen als Opfer, die Jüdinnen*Juden als Täter*innen.

In *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes* betont Volker Weiß, dass es zu kurz greife, *Neue Rechte* ausschließlich als islamfeindlich darzustellen. Es handle sich vielmehr um eine Art Hassliebe, bei der sich eine klare Feindschaft mit der Bewunderung einer scheinbar althergebrachten, als lebendiger wahrgenommen, eindeutigen Identität vermische. Der Antisemitismus biete hingegen die Möglichkeit, alles, was die eigene Identität scheinbar infrage stellt, unterläuft oder angreift, auf eine Gruppe zu projizieren und damit als vermeintlichen Angriff von außen zu deuten. So biete das antisemitische Weltbild, wenn auch nur unterschwellig,

„ein viel dichteres Weltbild zu einer Abwehr der Aufklärung. Niemand käme auf die Idee, dem Islam die Schuld an Fortschritt, Säkularisierung, Frauenemanzipation, Kulturindustrie, Marxismus und Liberalismus zu geben, also allen von der Rechten als schädlich reklamierten Begleiterscheinungen der universalistisch ausgerichteten Moderne. [...] Der Aufstieg des Islam

zur Bedrohung gilt als Folgeerscheinung des Universalismus, während im Judentum vom Antisemiten seine unmittelbare Gestalt gesehen wird“ (Weiß 2017: 227).

Nur den Jüdinnen*Juden wird nachgesagt, dass sie diesen „Universalismus“ in die Welt gebracht haben, dass er nur verschwindet, wenn sie verschwinden. Von keinen anderen „Fremden“ wird das behauptet. Der moderne Antisemitismus bietet die Möglichkeit, die multiplen Feindbilder der *Neuen Rechten* zu bündeln. Insofern laufen ihre Positionen immer wieder darauf hinaus – ob sie es offen aussprechen, ob sie es sich eingestehen oder nicht. ▲

QUELLEN

Hinz, Thorsten (2018): Berichterstattung über Chemnitz. Neue Mythen gegen Rechts, in: Junge Freiheit 37, 8. September 2018.

Hitler, Adolf (2015 [1925]): Mein Kampf. Eine kritische Edition, München.

Institut für Staatspolitik (2007): „Meine Ehre heißt Reue“. Der Schuldstolz der Deutschen, Schnellroda.

Kubitschek, Götz (2020): Israel und Deutschland, auf: Sezession, 11. Februar.

Martin Lichtmesz/Martin Sellner (2019): Der große Austausch, 18. Mai 2019, auf YouTube.

Sächsischer Landtag (2018): Plenarprotokoll 6/77, 77. Sitzung, 6. Wahlperiode, Mittwoch, 5. September.

LITERATUR

Adorno, Theodor W. (1998 [1961]): Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: Ders.: Vermischte Schriften I (Gesammelte Schriften 20.I), Darmstadt, S. 360–383.

Adorno, Theodor W. (2002 [1946]): Antisemitismus und faschistische Propaganda. In: Simmel, Ernst (Hg.): Antisemitismus. Aus dem Englischen von Heidemarie Fehlhaber u. a., Frankfurt/M., S. 148–161.

Adorno, Theodor W. (2003): Schuld und Abwehr. Eine qualitative Analyse zum Gruppenexperiment [1954], in: Ders.: Soziologische Schriften II. Band 2, Frankfurt am Main, S. 121–324.

A.G. Gender-Killer (2005): Antisemitismus und Geschlecht. Von „maskulinisierten Jüdinnen“, „effeminierten Juden“ und anderen Geschlechterbildern, Münster.

Augstein, Rudolf (1998): „Wir sind alle verletztbar“, Spiegel, 49.

Balsam, Johanna/Lelle, Nikolas (2020): Struktureller Antisemitismus ist Antisemitismus (noch) ohne Juden, unter: <https://www.belltower.news/tacheles-struktureller-antisemitismus-ist-antisemitismus-noch-ohne-juden-108281/> [24.4.2021].

Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (2019, Hg.): Zwischen Neo-liberalismus und völkischem ‚Antikapitalismus‘. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster.

Bergmann, Werner / Erb, Rainer (1986): Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38. S. 223–246.

Braun, Stephan/Vogt, Ute (2007, Hg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden.

Bruns, Julian/Strobl, Natascha (2020): Eine schrecklich nette Familie. Zum Verhältnis der Identitären und der Neuen Rechten, in: Burschel 2020, S. 229–255.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2020): Antisemitismus im Rechtsextremismus, Köln.

Burschel, Friedrich (2020, Hg.): Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus, Berlin.

Chaussy, Ulrich (2020): Das Oktoberfest-Attentat und der Doppelmord von Erlangen. Wie Rechtsterrorismus und Antisemitismus seit 1980 verdrängt werden, Berlin, dritte, erweiterte Auflage.

Compact-Shop (2020): www.compact-shop.de/shop/compact-spezial/compact-aktuell-corona-diktatur-wie-unsere-freiheit-stirbt/ [6.7.2021].

Culina, Kevin/Fedders, Jonas (2016): Im Feindbild vereint.
Zur Relevanz des Antisemitismus in der Querfront-Zeitschrift Compact, Münster.

Dietl, Stefan (2017): Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und ‚völkischem Antikapitalismus‘, Münster, zweite Auflage.

Eberhardt, Simon/Friedrich, Sebastian (2019): Der Kampf zweier Linien.
Wirtschafts- und sozialpolitische Konzepte im rechten Projekt, in: Becker/Eberhardt/Kellershohn 2019, S. 113–127.

Fedders, Jonas (2019): Antisemitismus in der Neuen Rechten – (k)ein Problem?, unter: <https://gegneranalyse.de/antisemitismus-in-der-neuen-rechten-kein-problem/#Fu%C3%9Fnoten> [10.3.2021].

Gebhardt, Richard (2016): „Bitte wählen Sie nicht die AfD!“ – Der hilflose Antipopulismus und die gespaltene Republik, in: Kellershohn/Kastrup 2016, S. 201–219.

Ginsburg, Tobias (2018): Die Reise ins Reich. Unter Reichsbürgern, Berlin.

Grigat, Stephan (2017, Hg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden.

Grimm, Marc/Kahmann, Bodo (2017): AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität, in: Grigat 2017, S. 41–59.

Günther, Meike (2012): Der Feind hat viele Geschlechter. Antisemitische Bilder von Körpern. Intersektionalität und historisch-politische Bildung, Berlin.

Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Nationalismus, kommunistische Ideologie und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg.

Hessel, Florian/Misiewicz, Janne (2020): Antifeminismus und Antisemitismus in der Gegenwart – eine Fallanalyse zu Verschränkung und kultureller Codierung, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8. Jena, S. 168–179.

Holz, Klaus (2001): Nationaler Antisemitismus.
Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg.

Holz, Klaus (2005): Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg.

Jander, Martin/Kahane, Anetta (2020, Hg.): Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden.

Jänicke, Christin/Paul-Siewert, Benjamin (2017): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland.
Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung, Münster.

Jansen, Frank (2019): Berlin prüft Beobachtung des AfD-Landesverbands, in: Tagespiegel, 18. Januar, unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-bfv-gutachten-berlin-prueft-beobachtung-des-afd-landesverbands/23884286.html> [12. März 2019].

Janz, Carsten/Speit, Andreas (2017): „Wir sind im Krieg“. Waffen innerhalb der Szene, in: Speit 2017: 115–132.

Kahmann, Bodo (2016): Feindbild Jude, Feindbild Großstadt. Antisemitismus und Großstadtfeindschaft im völkischen Denken, unter: <https://ediss.uni-goettingen.de/handle/11858/00-1735-0000-0023-3DC0-5> [22.4.2021].

Kaufmann, Fabian/Sierts, Lena (2019): Impulse. Texte zur pädagogischen Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten, Hamburg.

Kellershohn, Helmut (2016a): Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis. Das ideologische Grundgerüst des AfD-Grundsatzprogramms, in: Kellershohn/Kastrup 2016, S. 14–28.

Kellershohn, Helmut (2016b): Götz Kubitschek und das Institut für Staatspolitik, in: Kellershohn/Kastrup 2016, S. 92–106.

Kellershohn, Helmut (2019): Mit Marx für einen ‚Antikapitalismus‘ von rechts? Über das wundersame Interesse neurechter Vordenker für Marx, in: Becker/Eberhardt/Kellershohn 2019, S. 128–147.

Kellershohn, Helmut/Kastrup, Wolfgang (2016, Hg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster.

Kemper, Andreas (2016): Geschlechter- und familienpolitische Positionen der AfD, in: Kellershohn/Kastrup 2016, S. 147–161.

Kistenmacher, Olaf (2017): Schuldabwehr-Antisemitismus als Herausforderung für die Pädagogik gegen Judenfeindschaft, in: Mendel, Meron / Messerschmidt, Astrid (Hrsg.): Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft, Frankfurt/M./New York, S. 189–209.

Kistenmacher, Olaf (2019): Nie aufgeklärt und fast vergessen. Der Anschlag auf die Israelitische Kultusgemeinde München im Februar 1970, in: Jalta. Positionen zur jüdischen Gegenwart 2, S. 122–130.

Kistenmacher, Olaf (2020): Latente Formen des Antisemitismus in der Bildungsarbeit. Theoretische Zugänge und Handlungsstrategien, in: Marc Grimm/Stefan Müller (Hg.): Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung, Frankfurt am Main 2020, S. 167–181.

Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (2019, Hg.): Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz, Freiburg im Breisgau.

Kloke, Martin (2020): „Christliche Zionisten“: Eine kritische Darstellung, in: Jander/Kahane 2020, S. 269–289.

Kracher, Veronika (2019): Tatverdächtiger aus Halle. Menschen töten und sich selbst leidtun, in: Tagesspiegel, 10. Oktober 2019, www.tagesspiegel.de/politik/tatverdaechtiger-aus-halle-menschen-toeten-und-sich-selbst-leidtun/25104378.html [6.7.2021].

Krah, Franziska (2016): „Ein Ungeheuer, das wenigstens theoretisch besiegt sein muß“. Pioniere der Antisemitismusforschung in Deutschland, Frankfurt am Main/New York.

Kraushaar, Wolfgang (2005): Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg.

Kraushaar, Wolfgang (2013): „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“ München 1970: über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Reinbek bei Hamburg.

Lierke, Lydia/Perinelli, Massimo (2020) (Hg.): Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive, Berlin.

Löttgen, Tobias G. (2018): Antisemitismus in der Neuen Rechten. Sozialpsychologische Analysen, Bochum B.A.-Arbeit.

Löwenthal, Leo (1990 [1949]): Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus. Aus dem Englischen von Susanne Hoppmann-Löwenthal, in: Ders.: Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus. Schriften 3, Frankfurt/M., S. 9–159.

Müller-Neuhof, Jost (2019): Vertraulich ist nichts. Das Bundesamt für Verfassungsschutz drängt in die Öffentlichkeit, in: Kleffner/Meisner 2019, S. 302–310.

Neumann, Conny/Röbel, Sven/Stark, Holger (2003): Völlig neue Dimension, in: Spiegel 38, 2003, S. 50.

O.A. (2015): Genetik-Äußerungen. Sarrazin räumt „Riesenunfug“ ein, auf: Focus, 8. Mai 2015, unter: https://www.focus.de/politik/deutschland/genetik-aeusserungen-sarrazin-raeumt-riesenunfug-ein_aid_548108.html [10.3.2021].

O.A. (2018): Attacke von Neonazis auf jüdisches Restaurant in Chemnitz, in: Welt, 7. September.

O. A. 2018a: Seehofer nach Chemnitz: „Mutter aller Probleme ist die Migration“, Welt, 5. September 2018, www.welt.de/politik/deutschland/article181434586/Seehofer-nach-Chemnitz-Mutter-aller-Probleme-ist-die-Migration.html [13.5.2021].

O. A. 2018b: Ausschreitungen in Chemnitz 2018, https://de.wikipedia.org/wiki/Ausschreitungen_in_Chemnitz_2018 [13.5.2021].

O. A. 2018c: Regierungssprecher Seibert: Bundesregierung verurteilt „Hetzjagden“ in Chemnitz scharf, in: Welt, 27. August 2018, www.welt.de/politik/deutschland/article181318302/Chemnitz-Bundesregierung-verurteilt-Hetzjagden-scharf.html [6.7.2021].

O. A. 2018d: Heftiger Streit über mögliche AfD-Beobachtung durch den Verfassungsschutz, Handelsblatt, 31. August 2018.

O. A. 2018e: Innenminister bricht Schweigen: Seehofer nennt Migration „Mutter aller Probleme“ – Verständnis für Demonstranten in Chemnitz, in: Stern, 6. September 2018, www.stern.de/politik/deutschland/horst-seehofer--migration-ist--mutter-aller-politischen-probleme--8345416.html [16.5.2021].

O. A. 2018f: Verfassungsschutz-Chef Maaßen: „Keine Informationen über Hetzjagden“, Bild am Sonntag, 6. September 2018. www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/verfassungsschutz-chef-maassen-keine-information-ueber-hetzjagden-57111216 [16.5.2021]

O. A. 2019a: Neue Spur nach Angriff auf jüdisches Restaurant, in: Jüdische Allgemeine, 12. Dezember 2019, unter: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/neue-spur-nach-angriff-auf-juedisches-restaurant/> [9.3.2021].

O. A. 2019b: „Bevölkerungsaustausch“: Rechter Kampfbegriff hat mit Realität nichts zu tun, Presseportal, 5. Juni 2019, www.presseportal.de/pm/133833/4289953 [16.5.2021]

O. A. 2021: Revolution Chemnitz: Gericht bestätigt Urteil gegen Mitglieder rechter Terrorgruppe, in: Zeit, 7. Juni 2021, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-06/revolution-chemnitz-rechtsextremismus-terrorgruppe-haftstrafe-bundesgerichtshof [6.7.2021]

Paul, Jobst (2016): Der Niedergang – der Umsturz – das Nichts. Rassistische Demagogie und suizidale Perspektive in Björn Höckes Schnellrodaer IFS-Rede, in: Kellershohn/Kastrup 2016, S. 147–161.

Peter, Erik (2016): Die Stichwortgeber der Rechten: Scheue Angstmacher, in: tageszeitung, 10. April, unter: <https://taz.de/Die-Stichwortgeber-der-Rechten/!5289232/> [11.3.2021].

Peters, Ulrich (2019): Die Identitären: Eine neurechte Jugendbewegung. Ein Überblick über Ideologie, Akteure/Akteurinnen und Inszenierungsformen, in: Kaufmann/Sierts 2019, 9–25.

Pfahl-Traughber, Armin (2019): Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen, Wiesbaden.

Postone, Moishe (2005 [1979]): Antisemitismus und Nationalsozialismus, übersetzt von Dan Diner und Renate Schumacher, in: Ders.: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen, Freiburg im Breisgau, S. 165–194.

Probst, Maximilian (2018): Verschwörungstheorie „Lügenpresse“, unter: <https://www.bpb.de/lernen/projekte/270428/verschwuerungstheorie-luegenpresse> [13.5.2021].

Quent, Matthias/Rathje, Jan (2019): Von den Turner Diaries über Breivik bis zum NSU: Antisemitismus und rechter Terrorismus, in: Samuel Salzborn (Hg.): Antisemitismus seit 9/11, Baden-Baden, S. 165–178.

Raden, Rolf von (2016): Pegida-Feindbild „Lügenpresse“. Über ein massenwirksames verschwörungstheoretisches Konstrukt, in: Kellershohn/Kastrup 2016, S. 162–179.

Ranc, Julijana (2016): „Eventuell nichtgewollter Antisemitismus“. Zur Kommunikation antijüdischer Ressentiments unter deutschen Durchschnittsbürgern, Münster.

Rathje, Jan (2017): Die vermeintlichen „Mächte im Hintergrund“. Antisemitismus im Milieu von Reichsbürgern, Selbstverwaltern und Souveränisten, in: Speit 2017, S. 133–143.

Rathje, Jan (2018): Apokalypse und „böse Mächte“. Antisemitismus und Verschwörungsideologien als Problem politischer Bildungsarbeit, Vortrag bei der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, 20. November 2018.

Rokahr, Sandra (2019): Verblümter Antisemitismus. Israelkritik als Ticketmentalität, in: Salzborn 2019, S. 89–107.

Salzborn, Samuel (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt am Main/New York.

Salzborn, Samuel (2017): Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim/Basel.

Salzborn, Samuel (2020): Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern, Leipzig.

Barbara Schäuble (2012): „Anders als wir“. Differenzkonstruktionen und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen. Anregungen für die politische Bildung, Berlin.

Schilk, Felix (2020): Die soziale Frage als Ordnungsproblem. Zur ideologischen Konvergenz von Konservatismus und Neoliberalismus, in: Burschel 2020, S. 111–164.

Schindler, Frederik (2018): AfD-Landtagsfraktion in Bayern. Rechtsradikale im Landtag, in: tageszeitung, 18. Oktober, unter: <http://www.taz.de/!5544143/> [12. März 2019].

Schmincke, Imke (2021): Wer hat Angst vor Gender, Sex und Vielfalt? Rechtspopulismus und Antifeminismus, Vortrag beim GWA St. Pauli, Hamburg, 29. April.

Schöppner, Horst (2015): Antifa heißt Angriff. Militanter Antifaschismus in den 80er-Jahren, Hamburg/Münster.

Seibel, Andrea/Schuhmacher, Hajo/Fahrer, Joachim (2010): „Mögen Sie keine Türken, Herr Sarrazin?“, in: Welt, 29. August 2010, unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article9255898/Moegen-Sie-keine-Tuerken-Herr-Sarrazin.html> [25.1.2019].

Simmel, Ernst (2002 [1946], Hg.): Antisemitismus, aus dem Amerikanischen von Heidemarie Fehlhauer u.a., Frankfurt am Main.

Speit, Andreas (2017): Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr, Berlin.

Speit, Andreas (2018): Nach rechten Demos in Chemnitz: Streit unter AfDlern, in: tageszeitung, 4. September 2018, unter: <https://taz.de/Nach-rechten-Demos-in-Chemnitz!/5533023/> [9.3.2021].

Steinke, Ronen (2020): Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt. Eine Anklage, Berlin/München.

Harry Waibel (2017): Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart.

Wamper, Regina (2007): Das christliche Bild von Juden und Judentum in der „Jungen Freiheit“, in: Braun, Stephan/Vogt, Ute (2007, Hg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden, S. 147–169.

Wamper, Regina (2008): Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit, Münster.

Weiß, Volker (2011): Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – Von Spengler bis Sarrazin, Paderborn u.a.

Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart.

Weiß, Volker (2021): Israel in den Augen der Neuen Rechten. Vortrag auf der Tagung „Israelbezogener Antisemitismus: Aktuelle Erscheinungsformen, historische Bezüge und theoretische Zugänge“ des AK Antisemitismusforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 17. Juni.

Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline (2002): „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt am Main. Dritte Auflage.

Wildt, Michael (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg.

Wölk, Volkmar (2020): Alter Faschismus in neuen Schläuchen? Auf den Spuren der „Neuen“ Rechten: Ideologische Zeitreise von Dresden nach Italien und zurück, in: Burschel 2020, S. 165–227.

Yücel, Deniz (2015): Antisemitismus? Ist abgeschafft, in: tageszeitung, 18. Februar 2015, <https://taz.de/Kolumne-Besser!/5019881/> [5.5.2021].

Zwarg, Matthias (2018): So erlebt die Jüdische Gemeinde die Stadt, in: Freie Presse, 5. September, unter: <https://www.freiepresse.de/chemnitz/so-erlebt-die-juedische-gemeinde-die-stadt-artikel10303630> [11.3.2021].

ÜBER PRISMA

Mit Methoden der Medienpädagogik und der politischen Bildungsarbeit werden innerhalb einer fünfjährigen Projektlaufzeit über webbasierte Zugänge und Ansprachemöglichkeiten im Feld der *Neuen Rechte* entwickelt und erprobt. Ziel des sekundär/tertiär-präventiven Modellprojektes ist das Anstoßen eines ideologischen Distanzierungsprozesses von Symphasant*innen und Akteur*innen, die sich selbst als *neurechts* bezeichnen oder die durch ihr Verhalten eine Affinität zur *Neuen Rechten* deutlich werden lassen.

Das pädagogische Konzept ist dabei nicht defizitorientiert, sondern greift die (angestrebte) habituelle Inszenierung des Adressat*innenkreises auf. Dabei werden demokratische Erklärungsansätze und nicht-rechte Narrative genutzt, um deren ideologische Inhalte aufzubrechen. Darüber hinaus ist das Projekt ansprechbar für Multiplikator*innen, die mit diesem Phänomen in Berührung kommen und es wird Handwerkszeug für die pädagogische Praxis entwickelt.

Prisma ist ein Modellprojekt des CJD Hamburg. Es wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Demokratie fördern, Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“ gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Rahmen des Landesprogramms zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus „Hamburg – Stadt mit Courage“ von der Sozialbehörde Hamburg.

Im CJD Hamburg arbeiten Vertreter*innen verschiedener Professionen und akademischer Disziplinen. Die Qualität und Effektivität der theoretisch und empirisch ausgerichteten Projektarbeit sowie der praktischen Bildungs- und Beratungsangebote und der sozialpädagogischen Maßnahmen im CJD Hamburg werden durch eine interdisziplinäre Arbeitsweise sowie durch die Kooperation in Netzwerken auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sichergestellt.

SIGNAL GEBEN!

Um (extrem) rechte Einstellungen und Verhaltensweisen nachhaltig zu verunmöglichen, wird auf die Sozialräume, in denen sich die Adressat*innen bewegen, gesetzt. Sei es die Schule, das Jugendzentrum oder eben die unendlichen Weiten des Internets. Überall begegnen den Adressat*innen anderen Menschen mit nicht-rechten Einstellungen, die diesen Einstellungen etwas entgegensetzen können und ein wichtiger Baustein in der pädagogischen Auseinandersetzung sind. Diese Signalgeber*innen müssen für das Thema *Neue Rechte* im Kontext von Mediennutzung sensibilisiert werden und dazu eine klare demokratische Haltung haben. Dabei ergeben sich Fragen rund um das Thema des pädagogischen Umgangs mit (extrem) rechten Jugendlichen und der Mediennutzung durch (extrem) rechte Akteur*innen.

Bei Interesse oder Bedarf melden Sie sich gerne und werden Sie Teil unserer Telegram-Gruppe für Multiplikator*innen (<https://t.me/prismahamburg>).

Unsere Bildungsmaterialien, wie etwa diese Veröffentlichung als .pdf und andere Unterlagen, die für Ihren pädagogischen Arbeitsalltag spannend sein können, finden sie auf der Website www.prisma.online

Kontakt

CJD Hamburg
Glockengießerwall 3
20095 Hamburg

Tel. (040) 2111181-26
info@prisma.online
www.prisma.online

ANLAUFSTELLEN

Kurswechsel

Kurswechsel bietet für Menschen mit (extrem) rechten Einstellungsmustern mit und auch ohne Szenezugehörigkeit Distanzierungsförderung und Ausstiegsgleitung an. In spezifischen Lebens- und Problemlagen leistet Kurswechsel eine individuelle und vertrauensvolle Begleitung mit entsprechenden Hilfestellungen. Dabei ist für uns in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit zentral, sowohl die Chance auf Veränderung eines jeden Menschen anzuerkennen als auch die Möglichkeit einzuräumen, Entscheidungen zu revidieren.

www.kurswechsel-hamburg.de

Hamburger Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus

Die ca. 50 Mitglieder – staatliche und nichtstaatliche Institutionen – des Beratungsnetzwerkes beraten über wirksame Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus sowie andere menschenverachtende Einstellungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit. Es unterstützt zivilgesellschaftliches Engagement und die Entwicklung von Konzeptionen, Strukturen und Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Das BNW tagt mindestens viermal im Jahr sowie anlassbezogen. Koordiniert wird das BNW von der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung.

www.beratungsnetzwerk.hamburg

Nordverbund Ausstieg Rechts

Die Ausstiegsberatungen der Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein bilden ein Netzwerk der regionalen Zusammenarbeit.

www.nordverbund-ausstieg.de

